

HAMBURGER PENSIONSKASSE

VON 1905 VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT



Allgemeine Informationen zu dem Altersversorgungssystem Mitgliedergruppe Berufsschutz Plus der Hamburger Pensionskasse von 1905 VVaG gemäß § 234I Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG)

Pensionskasse

Die Pensionskasse führt den Namen Hamburger Pensionskasse von 1905 VVaG (HPK) und hat ihren Sitz in Hamburg. Sie ist ein in Deutschland zugelassenes, rechtlich selbstständiges Lebensversicherungsunternehmen in der Rechtsform eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit (VVaG), welches den versicherten Personen einen eigenen Rechtsanspruch auf Leistungen gegenüber der HPK einräumt.

Anschrift

Hamburger Pensionskasse von 1905 VVaG
Brooktorkai 20
20457 Hamburg

Weitere Kontaktmöglichkeiten

+49 (0) 40 28 01 45 - 0
service@hapev.de
hhpk.de

Aufsichtsbehörde

Als regulierte Pensionskasse im Sinne des § 233 VAG unterliegt die HPK der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit Sitz in Bonn.

Anschrift BaFin

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Straße 108
53117 Bonn

Bezeichnung des Altersversorgungssystems

Innerhalb der HPK gibt es verschiedene Mitgliedergruppen, die im Sinne des Versicherungsaufsichtsgesetzes ein Altersversorgungssystem darstellen.

Das in diesem Dokument dargestellte Altersversorgungssystem ist die
Mitgliedergruppe Berufsschutz Plus der Hamburger Pensionskasse von 1905 VVaG.



Sie erreichen uns
montags bis freitags unter
040 28 01 45 - 319.



Nutzen Sie gerne das
Kontaktformular für
Ihre E-Mail an uns auf
berufsschutz.de.

Informationen
nächste Seite



Mitgliedergruppe Berufsschutz Plus der Hamburger Pensionskasse von 1905 VVaG
gemäß § 234I Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG)

Leistungselemente, Leistungsform, Wahlmöglichkeiten

Bei Ihrer Absicherung in der Mitgliedergruppe Berufsschutz Plus der Hamburger Pensionskasse von 1905 VVaG handelt es sich um eine reine Risikoversicherung für den Fall der Berufsunfähigkeit vor Vollendung des 65. Lebensjahres. Für die Dauer Ihrer Berufsunfähigkeit, maximal aber bis zur Vollendung Ihres 65. Lebensjahres erhalten Sie eine monatliche Rente.

In Bezug auf die Inanspruchnahme der Leistungen bestehen keine Wahlmöglichkeiten.

Weitere Informationen zu den Leistungsvoraussetzungen finden Sie im Internet.



Garantieelemente

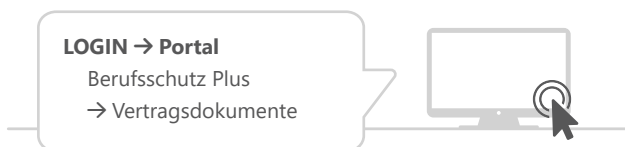
Für Ihre Versorgung im Berufsschutz Plus ist ein fester Monatsbeitrag zu zahlen. Dafür ist eine feste Monatsrente versichert. Änderungen des für Sie gezahlten Monatsbeitrags führen zu einer Änderung Ihrer versicherten monatlichen Rente.

Vertragsbedingungen

Die Tarifbestimmungen sowie Rechte und Pflichten der Versorgungsanwärter und Versorgungsempfänger ergeben sich aus der Satzung und den Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) des jeweiligen Tarifs.

Die Versicherungsverhältnisse sowie Mitgliedsverhältnisse unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland.

Bei Aufnahme in die HPK werden dem Mitglied die Satzung und die für den abgeschlossenen Tarif maßgeblichen AVB ausgehändigt. Satzung und AVB sind im persönlichen Vorsorgeportal auf der Internetseite der HPK abrufbar.



Informationen
nächste Seite



Montags bis freitags unter
040 28 01 45 - 319



Postfach 10 50 27
20035 Hamburg



Kontaktformular für
Anfragen per E-Mail auf
berufsschutz.de

Informationen über die Struktur des Anlagenportfolios

Die Vermögensanlage der HPK zielt darauf ab, die übergeordneten, im Versicherungsaufsichtsrecht formulierten Anlagegrundsätze der Sicherheit, Rentabilität, Liquidität sowie Mischung und Streuung und damit die Pensionsverpflichtungen mit größtmöglicher Sicherheit dauerhaft zu erfüllen. Die HPK bestimmt und überprüft regelmäßig eine hierfür geeignete Kapitalanlagestruktur. Der Kapitalanlageprozess der HPK in Verbindung mit den internen Anlagerichtlinien übersetzt diese Anlagegrundsätze in konkrete Anforderungen und Auswahlkriterien an einzelne Anlageklassen und Vermögensgegenstände.

Ethische, soziale und ökologische Belange spielen bei der Auswahl von Kapitalanlagen derzeit keine besondere Rolle, werden jedoch im Rahmen des Risikomanagements angemessen berücksichtigt.

Mit dem Altersversorgungssystem verbundene Risiken sowie deren Art und Aufteilung

Im Altersversorgungssystem garantiert die Pensionskasse bestimmte Leistungen, die nach den anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik kalkuliert sind und insbesondere auf kalkulatorischen Annahmen zur biometrischen Entwicklung, zur garantierten Verzinsung und zu den Verwaltungskosten beruhen.

Entsprechend sind mit dem Altersversorgungssystem primär versicherungstechnische Risiken verbunden: die biometrischen Risiken der Langlebigkeit, der Erwerbsminderung, des Todes mit rentenberechtigten Hinterbliebenen sowie auch das Risiko, die garantierte Verzinsung nicht zu erwirtschaften, und ebenfalls das Risiko, dass die tatsächlichen Kosten die kalkulierten Verwaltungskosten übersteigen. Diese Risiken trägt die Pensionskasse. Sie erbringt den Versorgungsanwärtern und Versorgungsempfängern die garantierten Leistungen auch für den Fall ungünstiger Entwicklungen der oben genannten Risiken.

Das gilt auch für einen eventuellen Erhöhungsbedarf in der Deckungsrückstellung, der sich zum Beispiel aufgrund einer künftig steigenden Lebenserwartung, einer künftig eintretenden niedrigeren Verzinsung oder nicht ausreichend kalkulierter Kosten ergeben kann. Sollte der gesamte Finanzierungsbedarf die verfügbaren Mittel übersteigen, kommt die Anwendung der Sanierungsklausel in Betracht (siehe „Minderung von Versorgungsansprüchen“).

Finanzielle Risiken ergeben sich im Rahmen der Kapitalanlage der Pensionskasse zum Beispiel durch Verluste aus Kapitalanlagen, Kapitalerträge unterhalb der garantierten oder durch einen Bedarf zur Erhöhung der Rückstellungen aufgrund einer weiter gestiegenen Lebenserwartung. Diese finanziellen Risiken sind insofern bereits Teil des versicherungstechnischen Risikos.

Darüber hinaus besteht ein allgemeines Risiko der Veränderung in den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Pensionskasse sowie der steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Förderung in der betrieblichen Altersversorgung über Pensionskassen. Auf solche Entwicklungen reagiert die Pensionskasse mit entsprechenden Anpassungen, damit das Altersversorgungssystem auch unter geänderten Rahmenbedingungen weiterhin den Erwartungen der Versorgungsanwärter und Versorgungsempfänger entspricht.

Informationen
nächste Seite



Montags bis freitags unter
040 28 01 45 - 319



Postfach 10 50 27
20035 Hamburg



Kontaktformular für
Anfragen per E-Mail auf
berufsschutz.de

Minderung von Versorgungsansprüchen

Die HPK ist eine regulierte Pensionskasse und verfügt daher von Gesetzes wegen über eine in der Satzung verankerte sogenannte Sanierungsklausel. Um das Fortbestehen und die grundsätzliche Funktionsfähigkeit der HPK zu gewährleisten, können die Versorgungsanwartschaften und Leistungen unter bestimmten Voraussetzungen gekürzt werden, falls das Vermögen der Pensionskasse nicht mehr ausreichen sollte, um die Leistungen in der vertraglich vereinbarten Höhe erbringen zu können. Erforderlich für eine Leistungskürzung sind die Zustimmung der BaFin und der Beschluss der Vertreterversammlung.

Soweit eine Anwartschaft oder Rente als betriebliche Altersversorgung gilt, trifft den Arbeitgeber bzw. den ehemaligen Arbeitgeber eine sogenannte gesetzliche Ausfallhaftung nach Maßgabe der Bestimmungen des Betriebsrentengesetzes (BetrAVG), wenn die HPK ihre Leistungen kürzt, d. h. der Arbeitgeber bzw. der ehemalige Arbeitgeber hat gegenüber dem Mitglied für die von der HPK durchgeführte Leistungskürzung einzustehen. Für den Fall der Insolvenz des Arbeitgebers erbringt der Pensions-Sicherungs-Verein die Einstandspflicht bezogen auf den zum Zeitpunkt der Insolvenz bestehenden Anspruch. Die zusätzliche Absicherung über den Pensions-Sicherungs-Verein gilt für Insolvenzen ab 2022.

Für Anwartschaften oder Renten, die privat, also ohne Beteiligung eines Arbeitgebers finanziert wurden (z. B. im Fall der Fortführung des Versorgungsverhältnisses nach dem Ausscheiden aus dem Beschäftigungsverhältnis), besteht kein der Einstandspflicht vergleichbarer Schutzmechanismus und keine zusätzliche Absicherung über den Pensions-Sicherungs-Verein.

Modalitäten, nach denen Anwartschaften im Fall der Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf eine andere durchführende Einrichtung übertragen werden können

Wenn Sie Ihr Arbeitsverhältnis beenden und keine weiteren Beiträge einzahlen wollen, erlischt Ihr Berufsschutz Plus. Sie haben aber auch die Möglichkeit, Ihre Versorgung mit Einzahlung privater Beiträge fortzuführen. Zudem haben Sie dann die Möglichkeit, ein im Berufsschutz Plus gebildetes Kapital auf die Versorgungseinrichtung eines neuen Arbeitgebers zu übertragen.

Bei der Versorgung im Berufsschutz Plus handelt es sich um eine Risikoversicherung, bei der die eingezahlten Beiträge im Wesentlichen für die Risikotragung verbraucht werden, so dass höchstens in geringem Umfang Kapital gebildet wird.

Weitere Informationen finden Sie im Internet.



Montags bis freitags unter
040 28 01 45 - 319



Postfach 10 50 27
20035 Hamburg



Kontaktformular für
Anfragen per E-Mail auf
berufsschutz.de